WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

November 2020

Sudetendeutsches Museum:

Fertig!

Inhalt:

01. Die „Wende“ vor 30 Jahren S. 03
02. Sudetendeutsches Museum eröffnet S. 05
03. Das Wort des Vorsitzenden S. 07
04. Schreiben an die SL wegen Standverweigerung S. 07
05. Wenn sich ein Satzungsänderer der Basis stellt S. 08
06. Was Prof. Kittel beim Lastenausgleich übersah S. 09
07. Demokratie in Theorie und Praxis S. 11
08. Die Billion ist futsch S. 14
09. Die Welt verstehen S.15
10. Gleichgültiges Berlin S. 16
11. Der Deutsch-amerikanische Tag 2020 S. 17
12. Wonka vor weiterer Rehabilitation? S. 18
13. Münzfund in Kladrau S. 19
14. Trost bei Theodor Heuss S. 20
15. 100 Jahre Kärntner Volksabstimmung . S. 21
16. Die Schlacht am Weißen Berg S. 22
17. Die Deutsche Schule in Prag S. 23
18. Entschädigung in Rumänien S. 23
… und weitere Beiträge passim

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung, Blatt der freien Presse Deutschlands)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Gendersprache: Wird nach Möglichkeit beachtet, grundsätzlich gilt aber die männliche Form als Gattungsname.
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 63. Jahr!

So kam es zur Spaltung Deutschlands

Am 3.Oktober 2020 gedachte man in Potsdam der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland vor 30 Jahren. Aber wie kam es eigentlich zur Teilung? Dazu führt Hagen Rudolph (Die verpassten Chancen, 1979, S.245) Folgendes aus: *„Auf der Potsdamer Konferenz (17. 7. - 2. 8. 1945) einigten sich England, die USA und die Sowjetunion darauf, dass Deutschland trotz der Aufteilung in einzelne Zonen als wirtschaftliche Einheit behandelt wird. (…) Doch bereits dieses Minimalprogramm wird niemals eingehalten werden. Und die Macht, die es erst einmal verhindert, ist (…) Frankreich. Denn die Franzosen fühlen sich an die Potsdamer Beschlüsse nicht gebunden, da sie an der Konferenz nicht teilgenommen haben. (…) Schon fünf Tage nach Abschluss der Konferenz, am 7. August 1945, erklärt die französische Regierung, dass sie nicht von vornherein die Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland (...) akzeptieren könne. So wird alles abgebremst, was in diese Richtung geht. Eisenhower berichtet im Oktober 1945 nach Washington, dass man wegen des französischen Widerstandes mit der Zentralverwaltung einfach nicht weiterkomme…“.*

Fundstücke.

1. Der Etat 2021 der Bundesrepublik Deutschland trägt planwirtschaftliche Züge, denn die Subventionen erreichen mit 206 Mrd. € eine Rekordsumme. Mit Corona-Hilfen sind es sogar 279 Mrd. (FAZ, 6.10.20).
2. Vorsicht Bastler!!! Nach §§ 326 und 328 des umsichtigen deutschen Strafrechts wird mit fünf Jahren Gefängnis bestraft, wer vorsätzlich eine nukleare Explosion auslöst (PAZ, 9.10.20).
3. Computer haben bis jetzt 50 Billionen Nachkommastellen der Kreiszahl π (Pi) errechnet (FAZ, 1.11.20).
4. Der Historiker und Publizist Dr. Emil Franzel bedauert, dass die Sudetendeutschen nicht schon 1919 eine parteiübergreifende Volkstumsorganisation schufen. Wenzel Jaksch scheint diese Idee um1928 gehabt zu haben, doch umgesetzt hat sie 1933 Konrad Henlein (Franzel, Die Sudetenfrage 1918-1938-1968, S.11).

Die „Wende“ vor 30 Jahren

Am 3. Oktober 2020 gedachte Deutschland des Beitritts der früheren DDR zum *„Geltungsbereich des Grundgesetzes für Deutschland.“* Bei der zentralen Gedenkfeier in Potsdam *„wetteiferten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Dietmar Woidke (Bundesratspräsident /MP Brandenburg) darum, wer sein Redemanuskript am emotionslosesten vorlesen kann.“* (Die Welt, 5.10.20).
Hängt das noch damit zusammen, dass eine ganze Reihe deutscher Politiker 1989 den Gedanken des Zusammenschlusses als *„reaktionär und hochgradig gefährlich“* (Schröder) abtaten? Offenbar gefiel es diesen Leuten, dass wenigstens ein Teil Deutschlands schon sozialistisch war. Die Frage, wie lange die Menschen „drüben“ noch unter dem Joch der SED leiden sollten, stellten sie sich wohl nicht. Otto Schily versuchte sogar, sie lächerlich zu machen, als er 1989 während einer Fernsehdebatte eine Banane aus der Brusttasche seines Jacketts zog. Die Menschen waren aber nicht wegen des lückenhaften Warenangebots auf die Straße gegangen, sondern sie sehnten sich nach einem repressionsfreien Leben! Den „Teilungsfreunden“ war vermutlich auch unbekannt, dass 1949 die Bezeichnung „Provisorium“ für das westliche Staatsgebilde nur auf Drängen der SPD in das Grundgesetz aufgenommen worden war.

Bremsversuche

Aber nicht nur im Inland gab es Bedenkenträger, sondern auch im Ausland. Dort sagte man bisweilen zynisch, man liebe Deutschland so sehr, dass man gleich mehrere davon haben möchte. In Wahrheit wünschte man die Zersplitterung Deutschlands, weil dessen Bewohner dank ihrer Tüchtigkeit in der Mitte Europas zu dominant würden. Schon Tacitus bat die Götter, weiter für die Zwietracht der Germanen zu sorgen. Später gehörte die Aufsplitterung Germaniens für Jahrhunderte zum Programm der Anrainerstaaten. Heute geht man raffinierter vor. Man sorgt für die Einbindung in Nato, EU und Währungsunion. Das Ergebnis ist das gleiche und war Voraussetzung für den Zusammenschluss am 3. Oktober 1990.

Enttäuschung der Vertriebenen

Am 3.Oktober 2020 hätten sich viele Vertriebene gewünscht, dass auch der Teile Deutschlands gedacht wird, die 1990 nicht beitreten konnten. Sollen sie vergessen werden? Es sind jedoch Gebiete, deren Leistungen aus der deutschen Kultur nicht wegzudenken sind. Dass es auch anders geht, zeigten die Ungarn. Sie haben am 20.August 2020 die *„Gedenkstätte der Zusammengehörigkeit“* eingeweiht, um an die drei Millionen Ungarn zu erinnern, die vor genau 100 Jahren durch den „Vertrag“ von Trianon vom Kernland abgetrennt wurden. Die vertriebenen Deutschen müssen sich dagegen mit der bedingungslosen Aufnahme der Landnehmer von 1945 (Polen, CR) in die EU abfinden. Man gaukelte ihnen vor, dass die Verhandlungen mit diesen danach einfacher würden. Das Gegenteil ist eingetreten, denn sie

Deutschlands Gebietsverluste

betrachten die Aufnahme als Absolution für ihre Verbrechen. Wie Bärbel Bohley können daher auch die Vertriebenen sagen: *„Wir erwarteten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“.* Dieser schockierte die Betroffenen dann auch unverzüglich mit seinen seelenlosen Formalien, als er alle Ereignisse vor dem Beitritt als irrelevant abtat. Nach dieser Logik hätte auch Deutschland beim Beitritt zur Nato in den Genuss einer Absolution kommen müssen!

Die Zeit war reif

Es sieht so aus, als wäre die Schussligkeit Günter Schabowskis auf der Pressekonferenz am 9. November 1989 der Auslöser für den Fall der Mauer gewesen. Es ist aber von untergeordneter Bedeutung, wie eine Lawine ausgelöst wird, wenn die Zeit dafür reif ist. Zu groß waren schon die Flüchtlingsströme über Ungarn oder Prag, zu groß der Zulauf zu den Protestversammlungen in den evangelischen Kirchen. Diese hätten übrigens für ihre logistische Hilfestellung eine deutlichere Würdigung verdient!

Selbstbehauptung in der Mitte Europas

Vergegenwärtigt man sich die geographischen, historischen und politischen Verhältnisse, ist es durchaus erstaunlich, dass es in der Mitte Europas überhaupt ein größeres zusammenhängendes Staatsgebilde gibt. Zum einen ist es wegen seiner Mittellage sehr anfällig für den Zangengriff der Randvölker. Außerdem weist der Verlauf der Flüsse und der Mittelgebirge auf kein natürliches Zentrum hin. All das erschwerte die Herausbildung einer starken Zentralregierung. Hinzu kam der häufige Wechsel der Herrscherhäuser, denn jede der drei großen Dynastien, die im Mittelalter nacheinander auf den Thron kamen (Sachsen, Salier, Hohenstaufen), starb nach hundert Jahren aus. Leider vergeudete man seine Kraft auch noch bei Kreuzzügen, statt sich um das nähere Umfeld daheim zu kümmern. Ein Volk, das sich unter diesen Umständen behaupten wollte, musste über Generationen besondere Anstrengungen auf sich nehmen. Es wurde damit so widerstandsfähig, dass es auch die Fehlleistungen auf den Führungsebenen ausgleichen konnte, und das führte dann auch zum Jahr 1989, denn Westdeutsche und Mitteldeutsche hatten sich, alles in allem, seit 1945 bewährt.

Einstige Urteile über die Deutschen:
Montesquieu († 1755): „Der Geist der Freiheit wurde in den Wäldern Germaniens geboren.“ Machiavelli († 1527): „Der Geist der Freiheit und der guten Sitten ist nur in deutschen Städten vertreten.“ China: Übersetzung für Deutschland: „Land der Tugend“ (JF, 9.10.20, S. 23)

Damit stehen wir aber nicht am Ende der Geschichte. Der Konkurrenzkampf in Europa geht weiter, jetzt allerdings unter dem Dach der EU. Ziel der Deutschen muss die Herstellung von Gerechtigkeit im Sinne Bärbel Bohleys sein. Die Mittel dafür liegen seit langem im Werkzeugkasten des Völkerrechts bereit. Wenn dieses endlich ernst genommen würde, könnten auch andere Teile Europas etwas davon haben. Verzicht auf verbriefte Rechte ist jedenfalls keine Option. Schiefgehen kann es nur, wenn es zu größeren spaßgesellschaftlichen Verirrungen kommt. Aber das liegt dann in der Verantwortung künftiger Generationen. *(F.V.)*

Sudetendeutsches Museum eröffnet

Am Montag, dem 12.Oktober 2020, eröffneten mehrere Prominente das neue Sudetendeutsche Museum in der Münchner Hochstraße. Es steht auf schwierigem Gelände am Hochufer der Isar, was aber das Architekturbüro Probst zu einem zwar extravaganten, jedoch durchaus ansprechenden Entwurf inspirierte. Weil rechte Winkel daran Mangelware sind, nannte ihn ein einfallsreicher Journalist *„Schräge Heimat“* (J. F., 25.10.2020). Das neue Museum umfasst fünf Stockwerke und zeigt auf rd.1200 qm rd. 900 Exponate. Im obersten Stockwerk beginnt die Präsentation mit „leichten Themen“ wie Religion und Brauchtum. Unten werden die unschönen Jahre, die zur Vertreibung führten, behandelt. Dazwischen nehmen Wirtschaft und Industrie einen breiten Raum ein, was nicht wundert, denn bis 1918 befanden sich 80 Prozent des Industriepotentials der k.u.k. Monarchie im Sudetenland!

Das Museum (Pfeil) von oben

Worum es geht

Immer wieder wird versucht, das Ansehen der Sudetendeutschen herabzusetzen, um zu „beweisen“, dass sie zu Recht so hart bestraft wurden. Konnte das Museum jetzt, 75 Jahre nach der Vertreibung, vielleicht gegensteuern? Museumsplaner haben es aber nicht so leicht. Die Geldgeber, hier der Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland, erwarten Rücksicht auf die politische Großwetterlage. Wie es unangepassten Museumsdirektoren geht, erlebte Hubertus Knabe in Hohenschönhausen oder Kollegen in Polen und der CR!. Manche wollen sich absichern und erklären, ihr Museum sei „rein kulturgeschichtlich“ konzipiert. So war es auch in München, aber Kultur kann auch „Waffe“ sein!

Ein Leuchtturm mit Missweisungen

Das neue Museum soll ein „Leuchtturm für bessere deutsch-tschechische Beziehungen“ sein. Wenn man aber erfährt, dass am Museumseingang ein Havel-Zitat prangt und Tschechen an der Museumsplanung beteiligt waren, entstehen Zweifel an der Funktionstüchtigkeit dieses Leuchtturms. Er sendet Zeichen, wonach es 1945/46 doch gar nicht so schlimm gewesen sein konnte, sonst würde man jetzt wohl nicht Havel zitieren. Gering ist auch die „Navigationshilfe“ bei Konrad Henlein (FAZ, 30.10.20). Fürchtet man vielleicht ein differenzierteres Bild von ihm? Und Untiefen namens „damnatio memoriae“ scheinen der Gefahrenkarte des Leuchtturms ohnehin fremd zu sein, denn unter den mehrfach in der Presse erwähnten Gesinnungsgemeinschaften fehlt regelmäßig der Witikobund. Der gesunde Menschenverstand möchte aber eigentlich nur, dass die Wahrheit und nichts als die Wahrheit dargestellt wird.

„Stalking“ als Politikmodell?

Bei der Eröffnung kamen mehrere Festredner zu Wort. Alle bewegten sich im üblichen „Gesinnungskorridor“. Man sprach von Versöhnung und Brückenbau. Das ist löblich, aber man will damit auch das Denken der Sudetendeutschen „einhegen“ und ihnen allmählich ihre Rechte ausreden. Ihr Leid wurde höchstens andeutungsweise erwähnt. Mächtig ins Zeug legte sich Herr Posselt. Er sollte sich aber hüten, „Stalking“ zum Politkmodell zu erheben, denn „drüben“ hält man wenig von seinen Annäherungsversuchen. Besser wäre, in den eigenen Reihen nach einem zitierwürdigen Denker für den Museumseingang zu suchen, denn deren gibt es dort wahrlich genug (und tüchtige Museumsplaner dazu!).

Das Medienecho

Die Zeitungen lobten den (gar nicht so) neuen Stil der Sudetendeutschen. Die Vertreibung werde *„ohne Polemik“* dargestellt (FAZ, a.a.O.) und das Museum sei *„an keiner Stelle revanchistisch“* (MM, 13.10.2020). Darüber freuen sich die Sudetendeutschen aber ungefähr so wie der unbescholtene Ehemann, dem man attestiert, seine Frau schon seit zwei Tagen nicht mehr verprügelt zu haben. Es fällt schwer, über beleidigende Unterstellungen dieser Art hinwegzusehen!

Aber es wird noch interessanter! MM und FAZ erwähnen eine Satzungsänderung der SL, die „*weitreichend*“ sei (MM) und *„offiziell auf eine Wiedergewinnung der Heimat“* verzichte. Das Museum sei wahrscheinlich auch deshalb „revanchismusfrei“ (MM). Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen, denn laut Vereinsregister gibt es diese Änderung gar nicht! Daher hat der Witikobund sofort eine Korrektur gefordert (s. Kasten!).

Brief an Münchner Merkur (MM):

Sehr geehrte Redaktion!

Am 13. Oktober 2020 berichtete Herr Dirk Walter in Ihrem Blatt von der Einweihung des Sudetendeutschen Museums.

Zu unserer Verwunderung spricht er darin auch von einer *„weitreichenden Satzungsänderung“, „wodurch nun auch offiziell auf eine Wiedergewinnung der früheren Heimat verzichtet wird“.*

Hier hat Ihr Autor jedoch mangelhaft recherchiert. Die SL beabsichtigte zwar eine solche Satzungsänderung, aber der diesbezügliche Beschluss wurde vom Registergericht nicht anerkannt. Das Vereinsregister enthält daher bis heute keinen Eintrag dieses Inhalts.

Wir bitten Sie daher, Ihre Falschaussage in geeigneter Form zu korrigieren, um unnötige Verwirrungen unter den Vertriebenen zu vermeiden.

gez. *F. Vogt Gruber* (Bundesvors.)

Diese Falschmeldung hat auch ihr Gutes: Für den MM war die geplante Satzungsänderung *„weitreichend“*. Aber gerade das bestritt die SL jahrelang, weil damit ein für sie zu hohes Quorum bei der Satzungsänderung verbunden ist (100 %!). Daher DANKE, lieber MM, für diese Klarstellung!

Sogar zum Amüsement trägt die Falschmeldung bei, denn gute Denker folgern: Wer trotz fehlender Satzungsänderung ein (vom MM bezeugtes) „revanchismusfreies“ Museum einrichtet, muss die Friedfertigkeit in seinen Genen tragen! Amüsement-frei ist dann aber wieder, dass die erwähnte Falschmeldung in der Vereinszeitung der SL unkommentiert unter „Pressestimmen“ abgedruckt wurde. Das ist zumindest fahrlässige Verbreitung von Fake-News und damit absolut unsudetisch!

H. Slezak am Museum

Eine mahnende Stimme

Für eine gewisse Würze sorgte bei der Einweihungsfeier unser Vizepräsident, Lm. Slezak, der, wie im beigefügten Bild zu sehen, auf einem Plakat den Dank der Landsleute aus- und die noch ungelösten Probleme ansprach. Er tat das auch mit der Autorität des Zeitzeugen, denn solche dürften unter den dort Versammelten rar gewesen sein. Der Museumsleiter ist Österreicher, einer der Mitgestalter ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg usw. usw. Da kann schon die Sorge aufkommen, welches Bild das Museum von der Volksgruppe zeichnet. Aber Leute wie Slezak gelten heute wie *„aus der Zeit gefallen“* (FAZ, a.a.O.). Sie stören irgendwie bei ihrer eigenen Musealisierung. Vielleicht gilt dann eben doch das (abgewandelte) Wort: ***Der größte Feind des Museumsmachers ist der Zeitzeuge?*** *(F.V.)*

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

In der letzten Folge unseres Witikobriefes warb ich noch für sie Teilnahme an unserer Jahresversammlung. „Corona“ machte uns jedoch einen Strich durch die Rechnung. Der Vorstand sah sich nicht in der Lage, die Verantwortung für mögliche Infektionen zu übernehmen. Nun hoffen wir auf einen Termin vielleicht im März.

Felix Vogt Gruber

Die Terminverschiebung ist bedauerlich, weil sich eine Reihe von Themen angesammelt hatte, die vorerst nur im Witikobrief. angesprochen werden können. Was wir sonst noch auf den Weg gebracht haben, zeigen auch zwei in dieser Folge abgedruckte Briefe. Die Szene bleibt interessant und bedarf eine wachsame Begleitung. Dafür stehen wir auch für den Rest des Jahres und im Neuen Jahr bereit!

Für die Festtage und das Jahr 2021 wünsche ich Euch, liebe Kameradinnen und Kameraden, alles Gute und vor allem, dass wir die Pandemie-Zeit heil überstehen!

Euer

Felix Vogt Gruber

P.S.: Das neue Museum empfängt den Besucher mit einem Havel-Zitat. Wie wäre es mit einem Wettbewerb zur Suche nach einem Zitat eines Denkers aus den eigenen Reihen? FVG.

Schreiben des Witikobundes an die SL wegen Standverweigerung:

Anschrift/Betreff/Bezug 5.3.2020

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben mit Mail vom 4.3.2020 unsere Standanmeldung für den 71. Sudetendeutschen Tag (ST) in Regensburg abgewiesen. Sicherlich haben Sie dabei folgendes übersehen:

<< 1. Der Witikobund hat alleine schon nach § 1, Abs. 2 der SL-Satzung ein Anrecht auf Teilnahme, denn dieser lautet: Die SL *„schließt die Sudetendeutschen, unbeschadet der konfessionellen, weltanschaulichen und parteipolitischen Einstellung des einzelnen, in einer Organisation zusammen“*.

<< 2. Der ST wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, so dass sich jede Exklusivität verbietet.

<< 3. Der Grund für den Ausschluss des Witikobundes war der Meinungsunterschied in der Satzungsfrage. Mittlerweile hat sich diese Frage in unserem Sinne erledigt. Die Satzung gibt nichts anderes her. Es wäre absurd, den Witikobund deswegen auszuschließen.

Wir bitten daher erneut um Zuweisung eines Standes beim 71. ST in Regensburg.

Grußformel/Unterschrift/bis jetzt keine Antwort!

Sind die Vertriebenen bald besser bei tschechischen Zeitungen aufgehoben als bei der deutschen Qualitätspresse?

Hier einige Kernsätze aus „Mlada Fronta Dnes“ vom 7.10.2020:

„Die reale Politik der ersten tschechoslowakischen Regierungen basierte (aber) auf dem Prinzip „wessen Staat, dessen Sprache und Regierung“.

„Mit dem Ziel, eine überwiegende Mehrheit zu bekommen, trieb man die Tschechen und Slowaken in eine künstliche tschechoslowakische Nation hinein.“

„Wenn jemand heute argumentiert, dass man den Deutschen genügend Minderheitsrechte angeboten habe, spricht er nur aus der Position desjenigen, der höher steht und wohlwollend bewertet, was für denjenigen gut ist, der unten steht. Und so wie die Quellen aus der Zeit sprechen, hat das nur in mancher Richtung der Realität entsprochen.

Die Probleme der Tschechoslowakei kamen nicht von außen.“

„Schade, dass 1918 niemand von den tschechischen Politikern über die Konzeption eines mehrsprachigen Staates nachgedacht hat. Die Nichtstabilität der Tschechoslowakei hatte ihren Ursprung in der Wahnvorstellung von einer nationalen Mehrheit und einer zugezogenen Minderheit, aus einer pseudohistorischen Behauptung: Wir sind früher gekommen.“

„Ein gutes Beispiel, dem man hätte folgen sollen, war gerade die Schweiz, wo weder Franzosen, Deutsche oder Italiener lebten, sondern französisch, deutsch und italienisch sprechende Schweizer. Bei uns gab es aber keine Bemühung, dies zu erreichen. Und wenn, dann war es zu spät.

Die Chance miteinander zu leben, sie war da!“

(Verfasst von Vilem Barak, MFD, 7.10.20, Unterstreichungen Red.)

Wenn sich ein „Satzungsänderer“ der Basis stellt

Der Witikobund hat sich fünf Jahre lang gegen die Änderung der SL-Satzung gestemmt. Er warnte dabei stets vor einer Ausgrenzung der „Basis“. Wie diese wirklich denkt, zeigte sich am 4. Oktober 2020 in Dinkelsbühl. Dort hatte der Heimatkreis Mies-Pilsen zur Wahl eines neuen Vorsitzenden aufgerufen. Unter den Kandidaten befand sich auch NN, ein enger Gefolgsmann des Satzungsänderers Posselt. Herr NN. erhielt von 37 möglichen Stimmen ganze 4 (vier)!

Name	Stimmen
Braun, Sandra	8
Dolleisch, Siegfried	24
Lippert, Christoph	4
Schulz-Ninow, Renate	17
Silbermann, Johanna	4
Vogt Gruber, Felix	27
Windisch, Andrea	21

Dieses Ergebnis ist die klare Absage an den polarisierenden Kurs der SL-Spitze. Den Vorsitz im Heimatkreis Mies-Pilsen hat nach dieser Wahl Felix Vogt Gruber inne. Seine Vorstandskollegen sind Siegfried Dolleisch, Andrea Windisch und RA`n Renate Schulz-Ninow.

Es wäre manches gar nicht schwer, wenn es etwas leichter wär`!

Was Prof. Kittel beim Lastenausgleich übersah

Prof. Manfred Kittel veröffentlichte kürzlich das Buch *„Stiefkinder des Wirtschaftswunders?“*. Darin unterzieht er auf 672 Seiten das Lastenausgleichgesetz von 1952 (LAG) einer Prüfung und kommt insgesamt zu einem ungünstigen Urteil. Es hätte noch negativer ausfallen müssen, wenn er einen wesentlichen Irrtum im LAG-Gesamtkonzept erkannt hätte. Doch alles der Reihe nach:

Buch Prof. Kittels

Die Zielgruppe

Das LAG löste das bereits vorhandene Soforthilfegesetz ab und war für die von den Kriegsfolgen besonders hart betroffenen Bevölkerungsteile gedacht. Zu diesen gehörten vor allem die Ostvertriebenen. Umkämpft war, ob sie nach der Höhe des Verlustes entschädigt werden sollten. Diese Frage wurde bejaht, doch durch starke Degression massiv eingeschränkt. Die einstige Gutsbesitzerin Marion Gräfin Donhoff klagte daher, dass sie für den Quadratmeter fruchtbaren Ackerbodens gerade einmal 1 Pfennig erhalten hätte (genau sogar nur 0,91 Pfennige!). Bei kleineren Anwesen verfuhr man gnädiger. Bei einem 10-Hektar-Hof gab es 9 Pfennige für den Quadratmeter, also zusammen 9.000 DM. Wohn- und Wirtschaftsgebäude zählten extra.

Grundbesitz hatten aber nur rd. 30 Prozent der Vertriebenen verloren. Alle waren aber um ihre Wohnungseinrichtungen gekommen. Das wurde durch die Hausratsentschädigung ausgeglichen, und zwar ebenfalls degressiv. Für eine Einzimmerwohnung gab es 800 DM, für zwei Zimmer 1200 und für drei und mehr Zimmer 1400 DM.

Insgesamt wurden im Lastenausgleich 145 Mrd. DM umgeschichtet. Davon entfielen auf die Vertriebenen etwa 90 Mrd. Der Rest ging an die Bombenopfer, Opfer rassistischer Verfolgung usw. Zwei Drittel der „Ostgelder“ flossen in die Kriegsschadensrente für jene, die ihre Altersversorgung durch die Enteignung verloren hatten (Bauernhof oder Geschäftsbetrieb). Sie wurde auf die Hauptentschädigung angerechnet, überstieg diese aber in der Regel deutlich.

Woher kamen die Gelder?

Knapp zur Hälfte wurde das LAG durch eine Belastung des vom Krieg verschonten Besitzes finanziert. Die Quote betrug 50 Prozent des Einheitswertes, der allerdings recht veraltet war. Da außerdem Ratenzahlung möglich war, konnten die Beiträge meist aus den laufenden Erträgen entrichtet werden. Die zweite Quelle für den Lastenausgleichsfonds war der allgemeine Bundeshaushalt. Er steuerte etwas mehr als 50 % bei, was aber auch bedeutete, dass die steuerzahlenden Vertriebenen ihre Entschädigung mitfinanzierten.

Versteckte Minderungen

Leider enthielt das LAG keinen Inflationsschutz. Das führte bis 1970 zu einer Entwertung der Entschädigungen um 40 %! Ein Missverhältnis entwickelte sich auch zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auf diese hat die Präambel des Gesetzes sogar ausdrücklich hingewiesen. Dennoch änderte sich der für das LAG zu

Beginn einmal vorgesehene Betrag von jährlich 4 Mrd. nicht. Dieser entsprach 1952 einer Quote von 2 % des Bruttosozialprodukts, 1970 aber nur noch von 0,5 %, also viermal weniger. Im selben Verhältnis schrumpfte der Anteil an den öffentlichen Haushalten. 1952 betrug er noch 8 %, 1970 nur noch 2 %.

Karges Ergebnis

Während der Krieg die Eigentumsverteilung in Westdeutschland kaum berührt hatte, kam es bei den Vertriebenen zu einer starken Nivellierung. So gab es 1970 unter ihnen deutlich weniger Selbständige und Immobilienbesitzer als im Bundesdurchschnitt. An der Armutsgrenze lebten 5,8 % der Vertriebenen, aber nur 1,4 % der Einheimischen. Ähnlich war es bei den Besserverdienenden. Unter den 14.000 Vermögenssteuermillionären befanden sich 1970 nur knapp 300 Vertriebene, obwohl es nach dem Bevölkerungsanteil etwa 3.000 (19 %) hätten sein müssen.

Falscher Ansatz

„Ausgleichsjuristen" betonen, dass Leistungen nach dem LAG freiwillig sind. Insbesondere bestünde keine Entschädigungspflicht nach Art. 14, GG, denn für die Enteignungen im Osten sei nicht die BRD verantwortlich. Hier muss man aber genauer hinschauen. Aufschlussreich dafür ist (zumindest für die Sudetendeutschen) das Protokoll der Moskaugespräche Beneschs im Jahre 1943. Dort stellt der Tscheche einen Zusammenhang zum deutschen Gesamtstaat her, als er sagte: *"Ich wünsche, dass die Reparationen in der Weise eingerichtet werden, dass das Eigentum der von uns vertriebenen Deutschen der Tschechoslowakischen Regierung übertragen wird".* Die Tschechen bemächtigten sich also des sudetendeutschen Eigentums im Vorgriff auf die (ihnen ohne Zweifel zustehenden) Reparationen. Die Vertriebenen gingen sozusagen für Deutschland in Vorlage. **Wer aber Opfer für die Allgemeinheit bringt, muss entschädigt werden.** Damit ist der Mythos von der Freiwilligkeit hinfällig, und man darf die Rolle des Bittstellers ablegen. Insofern war es systemwidrig, die Sudeten-Schäden mit den Bombenschäden und den Schäden rassistisch Verfolgter in ein- und demselben Gesetz zu behandeln. Die Sudeten-Schäden gehörten in das Reparationsschädensgesetz. Das wäre auch ehrlicher zu den Tschechen, die dann das Odium des gemeinen Raubes los wären.

Reparationen und SL-Satzung

Auch die SL-Satzung, § 3, muss auf den Prüfstand! Die darin enthaltenen Forderungen richten sich nach bisherigem Verständnis an die Tschechen. Diese sind aber der falsche Adressat. Unser Ansprechpartner ist Deutschland, denn ein Schuldner-Gläubiger Verhältnis besteht nur zwischen diesem und den Tschechen. Zu Recht lehnt daher auch die CR Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab. Die Problematik muss von beiden Regierungen gemeinsam gelöst werden, statt sie auf Kosten der Sudetendeutschen unter den Teppich zu kehren.

Notwendige Ergänzung

Prof. Kittel hat ein umfassendes Werk zum LAG geschaffen. Leider versäumte er es, den Zusammenhang zwischen Enteignung der Sudetendeutschen und der Reparationsfrage herauszustellen. Das sollte eine Neuauflage nachholen. *(F.V.)*

Die SLÖ war wachsam

Zum 100. Todestag Josef Seligers (1870-1920) veranstaltete die Seligergemeinde Österreich ein Symposium in Wien. Anwesend waren auch SLÖ-Obmann Gerhard Zeihsel und Kam. Wolf Kowalski. Den Festvortrag hielt die Historikerin Dr. Brigitte Pellar. Zu Wort kam auch Kam. Kowalski mit einem Abriss der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Josef Seliger(†1920)

Nach dem Vortrag der Historikerin wandte sich G. Zeihsel gegen den Glauben von der CSR als letzter Demokratie in Europa und demonstrierte wieder, wie wichtig die Präsenz von Sachkennern bei den einzelnen Veranstaltungen ist! Bitte lesen Sie dazu auch nachfolgende Darstellung!

Die csl. Demokratie in Theorie und Praxis

Ziel der Politik muss das friedliche Zusammenleben der Menschen sein. Voraussetzung dafür ist Gerechtigkeit. Diese kann durch unterschiedliche Regierungsformen sichergestellt werden. So könnte auch Platons Philosophenkönig diese Aufgabe erfüllen. Herausgeschält hat sich jedoch das Verfahren der Demokratie, da sie im Zusammenspiel von Regierung und Opposition eine gewisse Machtbalance herstellt. Wird diese Balance ausgehebelt, können sich auch in einer formal bestehenden Demokratie Ungerechtigkeiten einstellen. Einer solchen Gefahr sind vor allem Vielvölkerstaaten ausgesetzt. Das wusste schon John Stuart MILL (1806-1873), der die Demokratie für solche Gemeinschaften sogar ablehnte.

Mit dieser Problematik sah sich auch die CSR zwischen 1918 und 1939 konfrontiert. Ihre großen Minderheiten bemängelten, dass sich viel zu oft nationale Ziele hinter demokratischen Formen versteckten. Die Sudetendeutschen fühlten sich teilweise so behandelt, als gehörten sie nicht zum Demos. Gegen diesen Missstand hatte schon 1899 Karl RENNER eine Art "ethnischen Föderalismus" vorgeschlagen, der weniger auf dem Territorialprinzip als auf dem Personalitätsprinzip, ähnlich den religiösen Gemeinschaften, beruhen sollte. Er dachte an die Schaffung von "kulturellen Nationalverbänden", denen er neben der kulturellen Autonomie sogar die Steuerautonomie zusprechen wollte. Bekannt wurden seine Ideen als "MÄHRISCHER AUSGLEICH", der zwei nationale Wählerlisten, die sogenannten Nationalkataster, vorsah. Tschechische Nationalisten warfen den Mährern daraufhin nationalen Verrat vor, Tatsache war jedoch, dass in Mähren bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nationaler Friede herrschte.

Demokratische Praxis 1918 – 1938

In der "Revolutionären Nationalversammlung", die sich 1918 ohne Wahlen kon-

stituiert hatte, befanden sich nur Tschechen und wenige Slowaken. Die Sudetendeutschen waren von der Mitarbeit an der neuen Staatsverfassung und den etwa 300, z.T. für sie nachteiligen ersten Gesetzen ausgeschlossen. Dementsprechend lautet auch der erste Satz der Verfassung: "Wir, die tschechoslowakische Nation (....)". Nichtbeachtung von Minderheiten, zumal so großer, lässt aber auf einen Mangel an demokratischer Gesinnung schließen. Das hätte sogar Palacky enttäuscht, der den Tschechen attestiert hatte, seit „uralten Zeiten demokratisch gesinnt" zu sein, die Deutschen hingegen „obrigkeitlich".

Wahlkreisgeometrie

Beim Zuschnitt der Wahlkreise war Wahlkreisgeometrie zu Lasten der Sudetendeutschen die Regel. Im Durchschnitt benötigten diese für ein Mandat fast 20 Prozent mehr Stimmen als die Tschechen (47.716 gegen 39.957). Noch schlechter gestellt waren die Magyaren, bei denen erst auf 109.847 Wähler ein Parlamentssitz entfiel (Pleyer, S.155). Besonders begünstigt war in Prag der Wahlkreis A, in dem nur 22.100 Wähler wohnten. Soldaten hatten an ihren jeweiligen Standorten Wahlrecht, so dass knappe deutsche Mehrheiten durch sog. tschechische Wahlbataillone beseitigt werden konnten. Den Deutschen gelang es erst nach zähen Verhandlungen in der zweiten Wahlperiode, diesen Missstand abzustellen (Lukasch, S. 244).

Reversdemokratie

Die Abgeordneten der tschechischen Regierungsparteien mussten bei Annahme des Mandats für den Fall der Unbotmäßigkeit Blanko-Rücktrittserklärungen unterschreiben ("Revers- Demokratie", Lipscher, S. 113; Menzel, S. 64). Die Regierung bediente sich lange eines am 9.6.1933 erlassenen, verfassungswidrigen Ermächtigungsgesetzes (Lipscher). Die politischen Entscheidungen fielen meist in von der Verfassung **nicht** vorgesehenen Zirkeln, wie der "Burg" und der "Petka", einem dem Parlament "vorgeschalteten" informellen Fünferausschuß tschechischer Parteien, der dank der Blanko-Rücktrittserklärungen verbindliche Beschlüsse fassen konnten.

Entmachtung der Kommunen

Die kommunale Selbstverwaltung, wo Demokratie am unmittelbarsten erfahrbar ist, wurde mehr und mehr beschnitten. Dabei zeigte sich, dass man auch mit kleinen Änderungen große Politik machen konnte. So wurde auf dem Erlassweg die sudetendeutsche Selbstverwaltung praktisch ausgehebelt. Gemeindepolizei und Schulwesen wurden verstaatlicht, und die Gemeindebüchereien einer staatlichen Kontrolle unterstellt, wobei die Kosten aber nach wie vor von den Gemeinden aufgebracht werden mussten. In den Finanzkommissionen der Gemeinden wurde die Hälfte der Mitglieder und in den Parlamenten der Bezirksregierungen ein Drittel der Abgeordneten nicht gewählt, sondern „von oben" bestimmt. Eine zusammenfassende Darstellung dieser vielen meist harmlos daherkommenden Änderungen enthält das Buch „Die Finanzwirtschaft der Sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938" von Julius Schreiter-

Schwarzenfeld. Allem lag ein Generalplan zur Ausschaltung der demokratisch gewählten deutschen Kommunalparlamente zugrunde.

Diktator Benesch

Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten Pravo Lidu bezeichnete am 23.12.1919 das tschechische Parlament als Diktatur der tschechischen Parteien (Preradovich, S. 66). Addison schrieb bereits 1934 vom "tschechischen Polizeistaat" (Franke, S. 217). Die Sudetendeutschen lernten Demokratie als eine Art Fremdherrschaft kennen. MASARYK scheint nicht ahnungslos gewesen zu sein, als er sagte: "Die Demokratie hätten wir, jetzt brauchen wir noch Demokraten" (Masaryk, S. 13). Laut Stefan OSUSKY (tschech. Botschafter in Paris, + 1973 in Washington) habe Benesch elementare Regeln der Demokratie schon vor 1938 missachtet. Ausdruck für dessen "Präsidialdiktatur" (Katzer) war das Staatsverteidigungsgesetz vom April 1936, das mitten im Frieden weitgehende Vollmachten gegen "politisch Unzuverlässige" vorsah und die CSR vor aller Augen in die "Gruppe der autoritären Staaten" einreihte (Fritz Sander, 1936, S. 139). Demokratisches Gedankengut stand weder bei der Rechtsgruppierung Vlajka und den Anhängern Gajdas, noch auf dem rechten Flügel der Agrarier hoch im Kurs. Von ihnen wurde die durchaus demokratisch organisierte Henleinpartei sogar als eine weitere rechtsgerichtete Bewegung begrüßt. Einer der führenden Agrarier, der Innenminister von 1938, Dr. J.Cerny, wurde 1947 vor einem Prager Volksgericht wegen Begünstigung der Henleinpartei angeklagt (Jaksch, S. 17). Während der Sudetenkrise 1938 verhinderte Benesch eine demokratische Volksabstimmung und nahm Zuflucht zum Necas-Geheimbrief. Nach Ansicht von Zeitzeugen verhielt sich Benesch auch im Exil wie ein selbsternannter Diktator (Kalvoda, S. 196). Die Mitglieder seiner provisorischen Regierung ließ er nicht von den Parteien auswählen, sondern bestimmte sie selbst. 1941 ließ er dann beschließen, dass ein Misstrauensvotum gegen ihn niemals beantragt werden dürfe. Echt demokratisch eben. *(F.V.)*

Quellen:

Jaksch, Wenzel, Wir heischen Gehör, 1947; Kalvoda, Josef, Czechoslovakia`s Role in Soviet Strategie, Washington 1978; Katzer, Franz, Das große Ringen, Tüb.2003; Lipscher, Ladislav, Verfassung und politische Verwaltung in der CSR 1918-1939, München 1979, Masaryk, T.G., O democracä (Über Demokratie), hrsg.von Koloman Gjan, Prag 1991; Menzel, Wolfg., 90 Jahre Kampf um Selbstbestimmung, in: Festschrift z.22. Sudetendt. Tag 1971 in Nürnberg Pleyer, Wilh., Europas unbekannte Mitte, München-Stuttgart 1957; Preradovich, Nic. von, Die Tschechoslowakei von 1918 bis 1992); Sander, Fritz, Das Staatsverteidigungsgesetz und die Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik, Brünn, 1936; Schreiter-Schwarzenfeld, Julius, Die Finanzwirtschaft der Sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938, 1965

Rechnungshof kritisiert ziellosen Einsatz von EU-Geldern

Der tschechische Rechnungshof hat beanstandete, dass die Subventionen der EU ohne Strategie eingesetzt werden. Weder im Verkehrswesen, noch in der Industrie, den sozialen Diensten, der Landwirtschaft oder dem Umweltschutz seien Ziele für die Verwendung der Gelder formuliert. Dieses Manko verhindere auch, dass die Effizienz der Mittel bewertet werden könne.
In dem Bericht werden auch die komplizierten Genehmigungsverfahren für den Einsatz von Geldern aus Brüssel kritisiert. Dies halte besonders kleine und mittelständische Unternehmen von Anträgen ab, sagte eine Sprecherin der Prüfungsinstitution.

Die Billion ist futsch

Der Zahlungsverkehr zwischen den Euro-Staaten wird über die Europäische Zentralbank (EZB) abgewickelt. Dieses System nennt sich Target 2 und erspart viel Arbeit, weil die Salden jeweils nur am Jahresende ausgeglichen werden. Doch hier liegt das Problem, denn auf diesen Ausgleich verzichtet man bei Target 2 großzügig. Die Folge ist, dass wirtschaftlich schwache Staaten bei den wirtschaftlich starken Staaten praktisch „anschreiben“ lassen können. So sammelte sich in den letzten Jahren für Deutschland ein positiver Saldo von 1 Billion € an, während beispielsweise Italien oder Spanien mit mehreren hundert Milliarden € in der Kreide stehen. Eine Billion sind tausend Milliarden, oder eine Eins mit 12 Nullen: 1.000.000.000.000!
Mit einem Ausgleich der Salden ist nicht mehr zu rechnen. Das verriet Mario Draghi höchstpersönlich, und das kam so: Als zwei italienische EU-Abgeordnete 2016 von ihm wissen wollten, ob die Target-Schulden Italiens bei einem EU-Austritt zurückgezahlt werden müssten, hat Draghi diese Frage bejaht. Das veranlasste Hans Olaf Henkel, damals ebenfalls EU-Abgeordneter, die gleiche Frage bezüglich Deutschland zu stellen. Jetzt jedoch wich Draghi aus. Er antwortete, dass ein Austritt aus dem Euro nicht vorgesehen sei!
Fazit: Deutschland kann seine Forderungen an die lieben Miteuropäer abschreiben. Die „Staatskunst“ der von uns gewählten Politiker hat unser Land in eine ewige Schuldknechtschaft geführt! (Quelle: FAZ, 21.8.20, S.18, LB).

Der Sozialismus funktioniert solange, wie ihm das Geld anderer Leute nicht ausgeht.
(Margret Thatcher)

Die Welt verstehen

1.Kambodscha ist das Land mit den meisten anonymen Massengräbern. Vorher genoss diesen zweifelhaften Ruhm Spanien nach seinem Bürgerkrieg von 1936 bis 1939. (FAZ, 11.8.2020, S. 6).
2. In Saudi-Arabien und den benachbarten Arabischen Emiraten sind Zusammenkünfte der Großfamilien eine der Hauptursachen für die Corona-Verbreitung (FAZ, 11.8.2020, S. 8).
3. In Deutschland gibt es für die Frauen- und Geschlechterforschung 185 Gender-Professuren, was fast doppelt so viele sind wie für Virologie (95). Das erstaunt auch deswegen, weil die „Gender-Studies" nur über eine dürftige Methodik ohne die Möglichkeit der Falsifizierung verfügen (PrAZ, 14.8.2020).
4. Die im Rundfunkstaatsvertrag geforderte Objektivität, Unparteilichkeit und Meinungsvielfalt der Medien scheint gefährdet, da unter den Nachwuchsjournalisten Deutschlands 57,1 % die Grünen, 23,4 % die Linken und 11,7 % SPD (zusammen 92,2 %) wählen (Zivile Allianz e.V., 14.11.20) .
5. Nur 15 Prozent der Migranten haben nach den Maßstäben ihrer Herkunftsländer eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nach deutschen Maßstäben sind es nur 10 % (PrAZ, 28.8.20).
6. Der tschechische Premier Babis erklärt, dass sich in seinem Land 5.000 deutsche Firmen angesiedelt haben, deren Gewinne „in den Westen" fließen (Spiegel, 5.9.20, S. 87).
7. Benesch behauptete im Dezember 1943 bei seinem Besuch in Moskau: „70 % der Deutschen (in Böhmen) sind reiche Leute" und müssten verschwinden (Mastny-Protokoll 1943).
8. Der Pkw-Verkehr nahm in Deutschland seit 1996 um 18 Prozent und der Lkw-Verkehr sogar um 70 Prozent zu (Sarah Wagenknecht am 2.7.2020 auf Youtube).
9. Ein Gutachter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg stellte klar, dass die GEZ die Fernsehgebühren auch in bar entgegennehmen muss. Das Urteil ergeht aber erst in einigen Wochen. Die Klage hatten zwei Deutsche eingereicht (UA, 30.9.2020, S.17).
10. Nach der Stilllegung der deutschen Kern- und Kohlekraftwerke kostet der Strom bei uns durchschnittlich 32,10 ct/kwh, im weltweiten Durchschnitt aber nur 12,22 ct/kwh. (PrAZ, 16.10.20).
11. Der „Migrationsherbst" 2015 verursacht heute noch im Bundeshaushalt Mehrkosten von jährlich 22 Mrd. €. Zusätzlich gibt es einen Sonderfonds über 48 Mrd. als Reserve (Sudetenpost, 1.10.20, S. 1).
12. Während es bei der Ahndung der Cum-und-Ex-Verbrechen kaum vorangeht, zeigt das Finanzministerium klare Kante bei Rentnern, die durch das Sammeln von Flaschen „Einkünfte" erzielen, denn darauf wird Einkommenssteuer erhoben, natürlich abzüglich der Werbungskosten (PrAZ, 9.10.20).
13. Der türkische Geheimdienst hat vor 4-5 Jahren begonnen, Kontakte zu türkischstämmigen Polizisten in Deutschland aufzubauen. Das äußerte der Anwalt einer in Ankara geborenen hessischen Polizistin, die sich gegen mögliche Ausgrenzungen im Kollegenkreis wehrt (UA, 8.10.20, S.6).
14. Das Riesengebirge gehört zu den fünf meistbesuchten Urlaubszielen Europas. Am 12. September 2020 zählte man alleine auf der Schneekoppe 11.500 Besucher! Dieser Andrang gefährdet zusammen mit den Klimaänderungen das dortige Ökosystem (Radio Prag, 22.10.20).
15. Auf Malta, Zypern und in Bulgarien, bekommt man als Nicht-EU-Bürger den EU-Pass, wenn man größere Investitionen tätigt. Seit 2013 wurden auf Zypern 7.000 dieser „Goldenen Pässe" vergeben. Damit soll aber wenigstens auf Zypern bald Schluss sein (JF, 23.10.20, S.8).
16. Schon 2004 gab es im tschechischen Fußballverband eine Korruptionsaffäre. Jetzt wurden wieder 19 Funktionäre und Schiedsrichter wegen Spielmanipulationen verhaften (Radio Prag, 24.10.20).
17. Man kennt etwa 2.300 (!) Apfelsorten. 75 % davon sind bereits außer Mode gekommen, weil sie von den Supermärkten abgelehnt werden. Das führt aber zu einer Verarmung des Genpools, was uns künftig vielleicht gegen neue Schädlinge oder Umwelteinflüsse wehrlos macht (BR, 29.10.20).
18. Die Bundesrepublik ist nach dem Urteil des angesehenen Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie „neunfach" überbevölkert. Von der Massentierhaltung weiß man, dass ab einer gewissen Zahl von Lebewesen pro Fläche ständig desinfiziert werden muss (JF, 30.10.20, LB, S. 27).
19. . Alleine die Kriege, die von den USA seit 2001 geführt wurden, brachten weltweit 59 Mio. Flüchtlinge hervor. (Studie an der Brown-Universität aus Rhode Island).
20. Weltweit gibt es 440 Kernkraftwerke. Weitere 50 sind im Bau und 100 in Planung (J.F.30.10.20)
21. Die Schutzmaßnahmen gegen Cevid 19 (Maske) führten auch zu einem deutlichen Rückgang von Erkältungen und Heuschnupfen (UA. 11.11.20)

Vergnügungsbedarf der Deutschen

Kaum ein anderes Volk hat so viel freie Zeit wie die Deutschen. Nach jährlich durchschnittlich 1.652 Stunden im Beruf, haben sie 2.537 Stunden frei. Diese Zeit muss ausgefüllt werden, was aber nicht allen sinnvoll gelingt. Viele lassen sich auch in ihrer Freizeit an die Hand nehmen und sich „bespaßen". Auf diesem Markt tummeln sich in Deutschland u.a. rd. 100 Freizeitparks, leider oft mit Programmen, die fürchten lassen, die Kunden sollen „in Dekadenz ausgebildet" werden. Diese Art der Freizeitgestaltung auch nicht billig. Insgesamt geben die Deutschen für ihr Freizeitvergnügen jährlich 2.200 € aus. Damit liegen sie in der EU aber nur auf Rang drei. Noch etwas freizeitbewusster sind die Österreicher mit 2.260 € und die Dänen mit 2.780 €.
Der Vergnügungslust wird man im bisherigen Umfang aber nur solange frönen können, wie es der Wirtschaft gut geht. Den Titel des Reiseweltmeisters sind die Deutschen übrigens schon los. (FAZ, 15.8.20, S. 64).

Vorsicht Satire!

„Geheimdiplomatie"

In einem Interview mit dem Katholischen Hilfswerk „Kirche in Not" gibt Bernd Posselt preis:
„Im Moment ist in der Tschechischen Republik die Mehrheit der Parteien im Parlament europäisch orientiert, sie ist für den Dialog mit den Sudetendeutschen durchaus offen. Aber ich erlebe es immer wieder, dass ein Gesprächspartner sagt: Treffen wir uns lieber heimlich, sonst habe ich Ärger und werde nicht wiedergewählt. Da ist noch sehr viel zu tun."
(Mitgeteilt in Sudetenpost, 3.9.20, S.2)
Wie kann man sich das Versteckspiel mit Herrn Posselt erklären? Warum fürchten seine Gesprächspartner, mit ihm gesehen zu werden? Haben sie mit ihm schon „Gigantisches" ausgehandelt? Vielleicht gar schon heimlich die Beneschdekrete abgeschafft, und wir wissen es nur noch nicht? Wahrscheinlicher ist aber, dass der Berg zwar kreißt, aber noch nicht einmal ein Mäuschen hervorbringt!

Gleichgültiges Berlin

Wegen der 70-Jahr-Feier zur Charta der Vertriebenen ordneten mehrere Bundesländer Beflaggung an. Das Land Berlin verzichtete darauf. Das nahmen AfD-Abgeordnete zum Anlass, die Regierung Berlins über die Lage der Vertriebenen in Berlin zu befragen. In der Antwort war zu lesen, dass „95 %" der Vertriebenen aus „Polen" kämen, ansonsten aus Rumänien, Estland, Lettland oder Litauen. Ein Hinweis darauf, dass die Herkunftsgebiete der Vertriebenen aus „Polen" einst zum Deutschen Reich gehörten, fehlt. Ostpreußen, Sudeten, Spätaussiedler usw. werden überhaupt nicht genannt. Vertriebenenverbände in Berlin erhalten nach § 96 rund 75.000 € jährlich. Üppiger, obwohl ohne gesetzliche Verpflichtung, wird dagegen eine „Initiative für postkoloniales Erinnern in der Stadt" mit jährlich 500.000 € gefördert. Das ist sieben Mal (!) so viel wie für die Vertriebenen. Die Regierung in Berlin wird von der SPD, den Linken und den Grünen gebildet. (PAZ, 15.10.20).

Der Deutsch-amerikanische Tag 2020

Der US-Präsident Donald Trump rief 2017 den 6. Oktober zum Deutsch-Amerikanischen Tag aus. Das Datum ist geschichtsträchtig, denn am 6. Oktober 1683 erreichten 13 deutsche Familien an Bord der Concord die nordamerikanische Küste. Sie kamen aus Krefeld und gründeten Germantown in Pennsylvania. Ihre Gemeinde ragt auch hervor, weil sie sich als erste amerikanische Gemeinde offiziell gegen die Sklaverei aussprach Seither haben über 44 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner deutscher Abstammung bedeutende Beiträge *„zu jedem Aspekt des amerikanischen Lebens geleistet“* (Gründungsdekret 2017). Zum Deutsch-amerikanischen Tag 2020 gab US-Präsident Donald Trump eine weitere Botschaft heraus. Darin heißt es:

Donald Trump

Die deutschen Einwanderer *„zeigten Tugenden, die dazu beitrugen, unser einzigartiges amerikanisches Ethos zu formen, und gaben Traditionen weiter, die unsere kulturelle Identität weiterhin prägen ….. Die Geschichte der Deutsch-Amerikaner ist eingebettet in die heiligsten Kapitel der amerikanischen Überlieferung. Als sich die Mitglieder des ersten Kontinentalkongresses in Philadelphia trafen, um eine Zukunft in Freiheit auf diesem Kontinent zu schmieden, gingen sie durch Straßen voller deutscher Unternehmen. Über ihre Beratungen wurde fleißig in deutschsprachigen Broadsides berichtet und in den Kaffeehäusern in deutscher Hand rigoros debattiert. Am 4. Juli 1776, als die Gründerväter unsere Unabhängigkeit erklärten, war eine deutschsprachige Zeitung die erste, die der neuen Nation die Nachricht überbrachte. Am nächsten Tag wurden die Straßen mit deutschen Übersetzungen von Thomas Jeffersons revolutionären Worten überflutet, in denen er verkündete, dass „alle Menschen gleich geschaffen sind“. Seither haben die Amerikaner deutscher Abstammung unsere Geschichte geprägt. Der deutsche Einfluss spielte eine große Rolle bei der Etablierung unseres unnachgiebigen Engagements für eine universelle öffentliche Bildung. Es war eine Deutsch-Amerikanerin, Margarethe Meyer Schurz, die den ersten Kindergarten in Amerika eröffnete. Deutsch-Amerikaner trugen zur Förderung des Sportunterrichts bei und bauten die ersten Turnhallen für Schulgebäude, was sich positiv auf die körperliche Gesundheit unserer Schulkinder auswirkte. Deutsch-Amerikaner führten auch die Berufsausbildung an öffentlichen Schulen ein, was neue Wege zur wirtschaftlichen Stärkung junger Menschen eröffnete und den amerikanischen Wohlstand förderte. Im Laufe der Jahre sind auch deutsche Bräuche in die amerikanische Kultur eingeflossen. Unsere geschätzten Weihnachts- und Ostertraditionen sind von den Praktiken der frühen deutschen Ankömmlinge beeinflusst. Zur Weihnachtszeit greifen wir auf die deutsche Kultur zurück, wenn wir Weihnachtsbäume schmücken und Geschenke austauschen. Während der Osterzeit müssen wir den deutschen Einwanderern für unsere Os-*

tereiersuche danken. Diese traditionell deutschen Bräuche sind zu Grundpfeilern der amerikanischen Kultur geworden und vereinen weiterhin Amerikaner aller Herkunft…. .. Heute feiern wir die gesellschaftlichen Errungenschaften und kulturellen Beiträge aller Deutschamerikaner und denken über den fleißigen und effizienten Geist nach, den sie unserem Nationalcharakter eingeprägt haben. Von Ingenieuren und Ärzten bis hin zu Bäckern und Erfindern haben sie unsere Wirtschaft gestärkt und unsere Gemeinschaften bereichert. Auch dank ihres Engagements und ihrer harten Arbeit bleibt unser Land ein leuchtender Leuchtturm der Freiheit und des Wohlstands."

Wonka vor weiterer Rehabilitation?

Der ehemalige Dissident Pavel Wonka könnte posthum noch weiter rehabilitiert werden. Das Bezirksgericht in Trutnov / Trautenau hat am Donnerstag eine Wiederaufnahme eines Gerichtsverfahrens von 1981 erlaubt. Damals wurde Wonka verurteilt, weil er illegal in die Wohnung seiner Schwiegermutter eingedrungen sein soll. Sein Bruder Jiří Wonka bemüht sich auch in diesem Fall um eine Rehabilitierung.

Paul Wonka (†1988)

Pavel Wonka gilt als letzter politischer Gefangener der kommunistischen Tschechoslowakei, der in Haft gestorben ist. Er kam am 26. April 1988 unter ungeklärten Umständen in der Untersuchungshaft ums Leben. Wonka musste in der ČSSR mehrfach Gefängnisstrafen absitzen. In einem Großteil der damaligen Verfahren ist er mittlerweile rehabilitiert worden.

Zahlen der Corona-Infektionen brechen in Tschechien Rekorde

Die Zahl der Menschen, die mit dem Coronavirus momentan infiziert sind, hat in Tschechien die Marke von 10.000 überschritten (Stand Anfang November 2020). Die Zahlen entsprechen ungefähr jenen, die für Deutschland gelten, nur dass die Bevölkerungszahl in Deutschland achtmal so groß ist. Die schlimmste Lage herrscht aktuell im Mährisch-Schlesischen Kreis. Ein neuer Brennpunkt ist die nordböhmische Region um Jablonec nad Nisou / Gablonz. Die Lage ist umso bedrohlicher, weil Ärzte fehlen. Die in der CR ausgebildeten Ärzte wandern bekanntlich gerne ins Ausland ab. So sind alleine in England und Deutschland rund 900 bzw. 700 tschechische Ärzte tätig, nicht gerechnet die in anderen westeuropäischen Ländern tätigen. Die Regierung hoffte, eine größere Zahl von ihnen für eine vorübergehende Aushilfe „zu Hause" gewinnen zu können, doch der Patriotismus der Angesprochenen hielt sich sehr in Grenzen.
Dafür trafen Anfang November sieben us-amerikanische Ärzte ein, denen weitere folgen sollen. Ihre Arbeitserlaubnis gilt für 90 Tage.

Es gibt viele Krankheiten, aber nur eine Gesundheit

Münzfund bei Kladrau

Die Fachleute sind begeistert. Einen solch großen Fund mittelalterlicher Münzen hat es in Tschechien mindestens seit 50 Jahren nicht mehr gegeben. Mehrere Hundert Goldtaler und Silbergroschen wurden in einem Wald nahe dem Kloster Kladruby / Kladrau in Westböhmen (früherer Kreis Mies) entdeckt. Der Fund wurde im März während des Corona-Shutdowns gemacht. Und so wurde der Fund gemacht:

Zwei junge Leute gingen im Wald südlich von Stříbro (Mies) spazieren, um keinen Mundschutz tragen zu müssen. Da sahen sie zufällig eine oder zwei silberne und eine goldene Münze auf dem Boden liegen. An der Stelle hatten wohl Wildschweine gewühlt. Daneben war ein großer Stein. Als sie diesen wegschoben, stießen sie auf weitere Gold- und Silbermünzen.“

Der junge Mann rief sofort seinen Vater an. Dieser wandte sich an einen Archäologen, der zwei Stunden später an der Fundstelle eintraf. So lange hatte das Pärchen ausgeharrt und der Kälte getrotzt …
„Der Schatz umfasst 92 Goldmünzen. Die Dukaten stammen aus der Zeit und dem Herrschaftsgebiet von Kaiser Karl IV., König Ludwig des Großen von Ungarn und Kroatien sowie einigen weiteren Münzherren. Zudem gehören dazu 343 Silbergroschen vor allem böhmischer Prägung. Sie stammen vor allem von Karl IV., einige weitere auch von Johann von Böhmen“,

Alle Goldmünzen wurden um die Mitte des 14. Jahrhunderts geprägt – außer einem sogenannten Foren aus Lübeck, der jüngeren Datums sein muss.
„Der Fund von Silberschätzen ist nicht so selten. Aber so viele Goldmünzen auf einen Schlag sind einzigartig. In den vergangenen 50 Jahren hat es vermutlich einen solchen Fund auf tschechischem Boden nicht gegeben.“
Die Archäologen glauben, dass der Schatz nach 1370 vergraben wurde. Wahrscheinlich hatten die Münzen mit dem Stift Kladrau zu tun. Ihr Wert lässt sich nach Auskunft der Archäologen nur schwer beziffern. Die Goldtaler seien praktisch reines Edelmetall. *„Bei den Silbergroschen ist eine Einordnung schwerer, denn ihnen wurde Kupfer beigemischt. Das hat ihren Wert geschmälert. Ihr Sammlerwert liegt bei 180.000 Kronen. Und bei den Goldmünzen bewegt er sich zwischen drei und vier Millionen Kronen.*
Vier Millionen Kronen sind umgerechnet derzeit mehr als 150.000 Euro.

Und noch eine Fund: Wertvoller Münzschatz in Südböhmen entdeckt

(Radio Prag, 15.9.20)
Archäologen haben auf einem Feld bei Sepekov im Südböhmischen Kreis zwischen 700 und 800 Silbermünzen aus dem 13. Jahrhundert entdeckt. Die gut erhaltenen Stücke stammen aus der Zeit von König Ottokar Ä. Přemysl. Wahrscheinlich waren sie im Besitz eines Adligen oder kirchlichen Würdenträgers. Wie zwei Archäologen des Prachiner Museums in Písek erklärten, handelt es sich um einen Zufallsfund, der aber zu den bedeutendsten dieser Art in Tschechien gehört. Der Wert der Münzen ist noch nicht beziffert, nach Meinung der Archäologen aber sehr hoch.

Trost bei Theodor Heuss

Theodor Heuss war deutscher Bundespräsident von 1949 bis 1959. Viele behaupten, er hätte im Dritten Reich Publikationsverbot gehabt. Das widerlegt der Journalist Peter Köpf in einem Leserbrief an die FAZ vom 25.9.2020, S. 29. Was man dort sonst noch liest, hätte man einem Sudetendeutschen nicht so leicht durchgehen lassen.

Theodor Heuss (1884-1963)

Heuss im Dritten Reich

Zunächst weist Köpf darauf hin, dass Heuss 1933 im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung gestimmt hat.
Bis 1936 war er Herausgeber der Zeitschrift „Die Hilfe“. Danach schrieb er bis 1942 schwerpunktmäßig Biographien (Friedrich Naumann, Hans Poelzig, Anton Dohrn und Justus von Liebig). Das Buch über Naumann durfte laut Propagandaministerium *„positiv besprochen werden“*. Auch die Spalten der „Hilfe“ standen Heuss nach wie vor offen. Das nutzte er 1938, im Jahr des „Anschlusses“ Österreichs und des Sudetenlandes, wie folgt: *„… dass geistige und politische Bewegungen, die durch ein Volk gehen, nicht vor Grenzpfählen halt machen“.* Und weiter: *„Prag und Paris werden sich daran gewöhnen müssen, statt eines Gegensatzes einen volks- und außenpolitischen Gleichklang der beiden deutschen Staaten in Rechnung zu setzen“.* In diesem Zusammenhang tadelte er auch die Verträge von Versailles und St. Germain wegen ihrer *„inneren Lügenhaftigkeit“.* Am 10.April 1938 kommentiert er in der „Neuen Freien Presse“ *„Der Spuk ist vorbei, Großdeutschland ersteht“.*
1940 lobt Heuss in der „Neuen Rundschau“ Hitlers *„Rücksiedlungs- und Neusiedlungsprozess in die Machtsphäre des Reiches“* als *„großartiges Geschichtsunternehmen“.* Schließlich nannte er den 1939 begonnenen Krieg in der „Hilfe“ *„eine Art von völkischer Flurbereinigung großen Stils“* und betonte den Führungsanspruch der Deutschen in einer europäischen Ordnung.
Theodor Heuss schrieb in den Zeitungen des Deutschen Reiches bis 1944, zuletzt in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“.

Worum geht es?

Es geht hier nicht um Bilderstürmerei, es geht nur um die Wiedergabe der ganzen Wahrheit. Dieser kommt man aber nicht mit Halbwissen näher. Nötig ist dafür genauestes Quellenstudium, für das sich der eingangs erwähnte Journalist Peter Köpf offenbar nicht zu schade war.

Denkmäler für Beneš und Churchill beschmiert

Auf den Sockel der Statue des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš auf dem Prager Loretánské náměstí / Loreto-Platz sind die Worte „Rassist“ und „Massenmörder“ gesprüht worden. Das teilte die Polizei mit. Es ist noch nicht klar, wie hoch der verursachte Schaden ist.
Bereits im Juni tauchte die Aufschrift „Rassist“ und „Black Lives Matter“ (Schwarze Leben zählen) auf der Statue des ehemaligen britischen Premiers Winston Churchill in Prag-Žižkov auf. Die Verursacher/innen erklärten danach anonym, sie wollten aus Solidarität mit der Protestbewegung in den USA eine öffentliche Debatte über die historische Rolle Churchills auslösen.
Auch in London wurde die Churchill-Statue am Parliament Square mit dem Wort „Rassist“ versehen. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, dass der britische Ex-Premier im Jahre 1955 dem Slogan „Keep Britain White“ (Erhalte England weiß) Sympathie entgegenbrachte (FAZ, 10. 6. 2020, S. 10).

100 Jahre Kärntner Volksabstimmung

Ausstellung zur 100-Jahrfeier der Volksabstimmung in Kärnten

Am 10. Oktober 2020 fand im Klagenfurter Landhaus ein Gedenken an die Volksabstimmung vor genau 100 Jahren statt. Es ist aber ein Irrtum, diese Abstimmung auf die edlen Absichten der Sieger in St. Germain zurückzuführen. Der Weg zur Volksabstimmung wurde vielmehr mit der Waffe in der Hand erkämpft und kostete 266 Männer und Frauen das Leben. Ohne deren Opferbereitschaft gehörte Südkärnten jetzt zu Slowenien.
Wie man sich fast denken kann, vermieden die Festredner jede Erinnerung an diese heimattreuen Kämpfer und Kämpferinnen. Diese sind jedoch im „Kärntner Abwehrkämpferbund“ (KAB) organisiert und wehren sich gegen den Zeitgeist, der sie als *„großdeutsch gesinnte faschistoide Wegbereiter des Nationalsozialismus“* verunglimpfen möchte. Doch beim Blick über die Grenze nach Slowenien bestätigt den Spruch: *„Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche“*, denn in Laibach/Ljubljana verstummen die lautesten Verfechter von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt sofort, sobald es um die Rechte der deutschen Minderheit in Slowenien geht. An dieser Misere änderte sich auch nichtsder persönliche Einsatz des österreichischen Bundeskanzler Kurz im September 2020 bei seinem Besuch in Slowenien. Diese Umstände bestärken den KAB, seine Arbeit fortzusetzen, im Interesse der geschichtlichen Wahrheit und aus Pietät vor den 266 Opfern ihres Abwehrkampfes.

Die Schlacht am Weißen Berg

Der „Weiße Berg“ liegt rund zehn Kilometer westlich von Prag und hat seinen Namen von einigen dort vorhandenen Kalksteinfelsen. Am 8. November 1620, also vor genau 400 Jahren, wurde er zum Schauplatz einer nicht nur für Böhmen folgenschweren Schlacht, derer in diesen Tagen vielfach gedacht wurde.

Schlachtengemälde vom Weißen Berg 1620

Die Ausgangslage

Schon 1526 wurde dem Habsburger Ferdinand I (1503-1564), dem jüngeren Bruder Kaiser Karls V., von den böhmischen Ständen die Königswürde Böhmens zugesprochen. Fast 100 Jahre später lehnten sich die böhmischen Stände dagegen auf und setzten 1619 Ferdinand II als König von Böhmen ab. Dies war der Grund für die erwähnte Schlacht. Der Kampf endete mit einem Sieg der Kaiserlichen, was Habsburg die Herrschaft über Böhmen bis 1918 sicherte.

Selbstverständlich kam es danach in Böhmen zu gewissen Änderungen. Davon waren aber meist auch die Deutschsprachigen betroffen, denn Ferdinand II ging es vor allem um die Rekatholisierung des Landes, das sich fast ganz dem Protestantismus zugewandt hatte. Im 19. und 20. Jahrhundert freilich deutete man die Herrschaft der Habsburger überwiegend als nationale Unterdrückung. Dieser Gedanke musste dann sogar 1945 für die Enteignung sudetendeutscher Bauernhöfe herhalten. Man rechtfertigte sie wörtlich als Beseitigung der *„Folgen der Schlacht am Weißen Berg“* (s. Kopie!).

Viele Tschechen betrachten sich noch heute als Opfer Habsburgs. Den unglücklichen Verlauf der Schlacht am Weißen Berg haben sie sich teilweise jedoch selbst zuzuschreiben. Sie hatten ihre Söldner schlecht ausgerüstet und seit Monaten nicht bezahlt, was deren Einsatzwillen in Grenzen hielt. Der Kampf war daher nach zwei Stunden beendet. Dennoch kostete er 2.650 Böhmen und 650 Kaiserliche das Leben. Von übergeordneter Bedeutung war danach die endgültige Trennung der Konfessionen und die Bankrotterklärung der Ständeherrschaft als Regierungsform überhaupt.

Urkunde zur Übergabe eines deutschen Bauernhofes an einen Tschechen.

Vor 30 Jahren gegründet:
Deutsche Schule in Prag

Die Deutsche Schule in Prag wurde am 4. Oktober 2020, also vor 30 Jahren, ins Leben gerufen. Damals befand sie sich im Stadtteil Repy und begann mit 26 Schülerinnen und Schülern. Die Schule erhielt 2004 einen Neubau im Stadtteil Jinonice und betreut jetzt eine Schülerschaft von 550. In der Schule kann sowohl das deutsche als auch das tschechische Abitur abgelegt werden. Das tschechische sogar schon nach der 12. Klasse. Die Zweisprachigkeit wird gezielt vorbereitet, zuerst in den unteren Klassen in den weniger sprachintensiven Fächern Musik, Kunst und Sport. Auch Mathematik zählt dazu, denn deren „Sprache“ besteht ja vornehmlich aus Zahlen. Es kommen von Jahr zu Jahr mehr „deutsche“ Fächer dazu, bis ín der Oberstufe alles auf Deutsch unterrichtet wird. Zurzeit legen jährlich etwa 50 Lernende das Abitur ab.

Deutsche Schule in Prag (DSP)

Entschädigung für Deportationen in Rumänien

Rumänien unternimmt weitere Anstrengungen bei der Entschädigung Deportierter und politisch Verfolgter. So wurden jetzt die zwei Entschädigungsgesetze der Jahre 1990 und 2013 auf hinterlassene Ehegatten und Kinder ausgeweitet, und zwar wieder unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Dabei kann es um monatliche Renten von etwa 105 Euro je Verbannungs- oder Haftjahr gehen. Die direkt Betroffenen, sofern sie heute noch leben, erhalten monatliche Renten von 145 Euro pro Verschleppungsjahr.

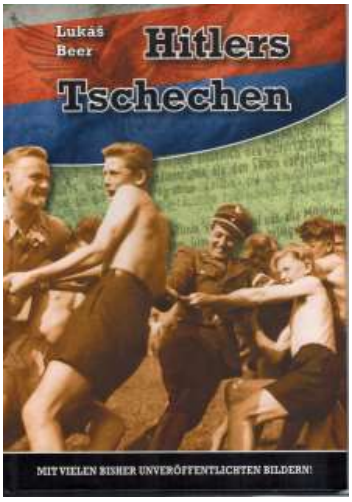
Der Witikobund trauert um seine Kameraden

Josef Richter, Kaufmann
x Aussig, 14.11.1925 † Lenzkirch, 01.02.2020

Hans-Werner Wanie, Oberstleutnant i.R.
x 15.07.1956, † 28.08.2020

Dr. Horst Kühnel, Direktor des HDO i.R.
x Tetschen-Bodenbach 01.06.1938, † München 09.09.2020

Wir werden ihrer immer ehrenvoll gedenken.



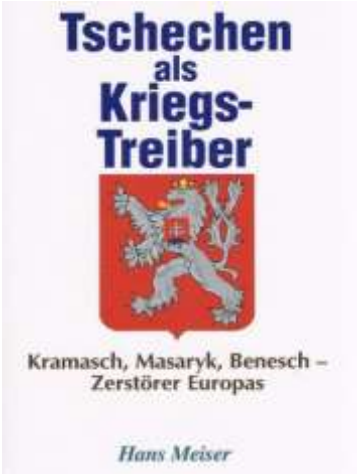
neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)

€ 5,-

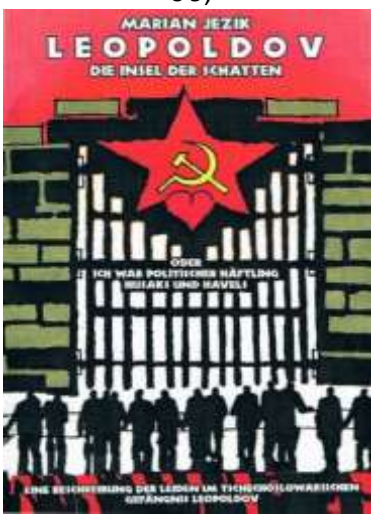
€ 11,-

€ 9,-

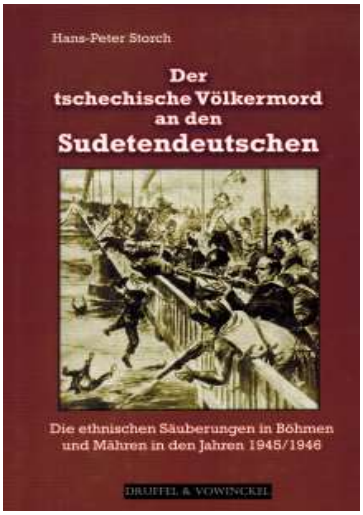
Neu! € 16,50



€ 15,-



€ 9,-



€ 30,-

€ 10,-